

Die Berliner Volks-Zeitung erscheint täglich... 75 Pf. monatlich... Abonnementpreis für auswärts...

Berliner Volks-Zeitung mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt Abend-Ausgabe

Abonnementspreis für die Zeit 40 Bl. Stellenangebote und Gesuche... SW. Postamt Nr. 40. Adressen: S. Wilmanns, 41, SO. Köpenicker...

Chef-Redakteur: Karl Volkmann, Berlin W. Verlag u. Druck: Rudolf Hoffe, Berlin SW.

„Unklare Phantasten.“

Es ist bekannt, daß unter den freisinnigen Abgeordneten Albert Traeger eine vortreffliche Anwesenheit einnimmt, insofern als er gegenüber den Strebern, Blockpartikularisten und Kompromißhüchlerischen Elementen mit feindseliger Feindschaft die liberalen Grundzüge hochhält...

Und was bringt demgegenüber jenes von Engen Richter begründete Wächterschen fertig, in dem einige freisinnige „Leuchten“ sich als die orthodoxen Parteiwächter gebenden? Es leistet sich das:

„Wir einige wenige unklare Phantasten im fürgerlichen Lager und mehrere Leute, die nur jeden Preis eine politische Rolle spielen wollen, bezaubeln sich an der Probe des „Alles oder nichts“.“

Nun, wir meinen, Albert Traeger steht so hoch über den „Kollegen“, die dieses Gift hinter ihm herbringen, daß es nur für die Nichtigkeit seiner Andeutung spricht, wenn er von dieser „besendenden“ Seite derartig angegriffen wird.

Auch in einer anderen Frage nimmt Traeger einen Standpunkt ein, der ihm als Politiker ehrt. Wie bekannt, hatte der mit amtlicher Hilfe gewählte Abgeordnete Cichoff in einem „unparteiischen“ Schrift-Dogma einer weiteren Verhandlung der Freisinnigen in der Sprachfrage dem Vereinsgegner das Wort gegeben mit allerlei katastrophischen „Argumenten“, über deren Unhaltbarkeit kein Wort zu verlieren ist. Gegen den Werdacht, mit dieser Cichoffsache irgend etwas zu tun zu haben, wehrt sich Albert Traeger, eingehend seiner liberalen Grundzüge, mit begrifflicher Entschiedenheit in einer Zuschrift an die „Münchener Neuesten Nachrichten“, in der erklärt er:

„Gehehe Rehabilitation, lesen lese ich, daß, wie Ihnen Ihr Berliner Berichterstatter telegraphisch hat, betreffs des § 7 des Vereinsgesetzes die preussischen Freisinnigen förmlich auf dem Cichoff'schen Standpunkt stehen. Da liegt Wert darauf, zu konstatieren, daß dies bei mir nicht zutrifft, in dieser Angelegenheit auch nicht richtig ist. Mit vorzüglicher Hochachtung ergeht's A. Traeger.“

Wird nun Traeger abermals in dem Organ der Parteiwächter als „unklarer Phantast“ angegriffen werden, der durchaus eine politische Rolle spielen will, indes die Frektion, nur damit ein Herr Cichoff dem Parlament erhalten bleibe, alle liberalen Grundzüge mit Füßen tritt, die für einen liberalen Parteigegner am liebsten Wahlbeeinflussungen vertreten wären?

Das Börsen- und Vereinsgesetz-Kompromiß.

Die Stellung der Sozialdemokratie.

Wie bekannt, wird hinter den Kulissen mit den Freisinnigen geschickelt, damit sie in der Sprachfrage das liberale Programm „Gleiches Recht für alle“ verraten, um dafür das Börsen- und Vereinsgesetz nach vorgenommener Willkür der blödsinnigsten agrarischen Zusätze anzustatten. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß angesichts dieses Kompromißvertrages der „Vorwärts“ erklärt:

„Wenn die Absicht eines Teils des Freisinnigen, die Börsenfreiheit gegen den Sprachgenuss einzustellen, die Freiheit im Freisinn erlangen sollte, so kann die Stellungnahme zum Börsengesetz nicht mehr durch die „rein sachlichen Erwägungen“ bestimmt werden. Die Zustimmung über das Börsengesetz ist dann in der Tat eine politische Zustimmung. Das Börsengesetz wird zum Sprachgesetz für die Freisinnigen, das Sprachgesetz zum Vereinsgesetz. Wer für das Börsengesetz stimmt, stimmt damit für den Sprachgenuss. Es ist ganz klar, daß die Parteien, denen es mit dem Vereinsgesetz zuerst geht, unter solchen Umständen auch dann nicht für das Börsengesetz stimmen können, wenn in Absicht des Freisinnigen erfüllt werden.“

Der Verlegung des sozialdemokratischen Parteiprogramms und der angeforderten Haltung der Sozialdemokratie beim Zustandekommen des Kompromisses ist eine zwingende Logik nicht abzulehnen. Es wäre der schändlichste Anbändel, der je zwischen politischen Parteien abgeschlossen ist, wenn das unumwiderrliche Kompromiß zugrunde fände. Die Freisinnigen werden damit bewiesen, daß sie sich bei letzter Welle von Parteiverleugung entäußert hätten, würden sie sich auf diesen Hundel einlassen. Der schlimmste Hofschäfler wäre ein Gesandter gegen die Verleugung einer solchen parlamentarischen Ungehörigkeit.

Der Kampf im Baugewerbe.

Der Arbeiterstreik im Berliner Baugewerbe hat heute früh erheblich an Umfang angenommen. Die Bauleitenden beschränken sich nicht nur auf Berlin, sondern erstrecken sich auf das ganze Umgebung, das bis Friedrichshagen und Zehlendorf reicht. Besonders zahlreich sind die Streiks in Friedrichshagen, wo viel gebaut wird. In Köpenick haben die Zimmerer mehrere Streiken verhängt. Das Bureau des Bauvereinsverbandes ist mehrfach besetzt von Mannern, die neue Streiken anmahnen. Die Zimmerer haben ihre Streikverhandlungen in einem größeren Saale des Gewerkschaftshauses aufgeschlagen.

Man erachtet in Arbeiterkreisen damit, daß die Arbeitgeber dem Bauvereinsverband das Ultimatum stellen werden, die Streiken anzukündigen, widrigenfalls die Auslieferung erfolgen würde. Nebenfalls werden sich die weiteren Ereignisse im Kampfe des Baugewerbes sehr bald entwickeln. Denn schon am 26. und 27. März will der Arbeitgeberverband für das baugewerbliche Berlin keine Verhandlung abhalten, die über Streik oder Frieden im baugewerblichen Baugewerbe entscheiden soll. Vorher müssen die Verhältnisse in Berlin geklärt sein, da Berlin nach den Beschläßen des Baugewerbesverbandes den Ausgangspunkt für die Bewegung bieten soll.

Mit den Baugewerkschaften des Verbandes der Baugewerkschaften haben die Berliner Arbeiterorganisationen: Zentralverband der Bauere, Deutschlands Zentralverband der Bauleitenden, Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter, Zentralverband der christlichen Baugewerksmeister und Bauhilfsarbeiter übereinstimmend beantwortet, daß sie im Interesse des Friedens zu Verhandlungen bereit seien. Auf die Bestimmungen des Arbeiterbündnisvertrages, unterwird ist in dem Antwortschreiben der Arbeiterorganisationen nicht eingegangen worden.

Der gegenwärtige Arbeiterkampf der baugewerblichen Arbeiter in Berlin steht in unauflösbarem Zusammenhang mit den bevorstehenden Verhandlungen. Die Arbeitervereine wollen durch die jetzt vorgeschlagene Fortsetzung der Ruhe erzwingen, daß sie bei den Verhandlungen mit einem „richtigen“ Standpunkte von 75 Pfennig rechnen können. In diesem Falle würde sogar die Arbeiterstellung der im dem früheren Reich schlagfertig Schöne von 6 Pfennig eine Lohn-erhöhung um 10 Pfennig bedeuten; der Verband der Baugewerkschaften sieht auf den Beschluß des Baugewerbesverbandes, daß Lohn-erhöhungen in den nun abzuschließenden Verträgen nicht gewährt werden dürfen. Das wollen die Arbeiterorganisationen verhindern; sie haben an diesem Punkte den Nachdruck beibehalten.

Gauze Männer, nicht Hochpremierer!

Eine dreisinnige Vertriebsmannschaft aus dem Kreis der Bauere, Friedrichshagen und anderen Orten des Baugewerblichen Zentralverbandes ist für die Verwirklichung der Kandidatenwahl im Reichstag bestrebt. Die Verwirklichung ist darüber einig, daß angesichts der durch leitende Persönlichkeiten der dreisinnigen Volkspartei unterfertigten Verleumdungen, die Wahlrechtstagen zurückzuführen, einen „Anknüpfen“ von Jählig bis Kopf zu schaffen und auch hier die Kandidaten einzusetzen, die für eine Übertragung des Reichstagswahlrechts am besten nicht zu tun sind, nur Kandidaten unterstellt werden dürfen, die unabweisbar für die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen eintreten.

Man beschloß ferner, angesichts der Wahlvorbereitungen zugunsten eines solchen dreisinnigen Kandidaten für den Wahlkreis Zehlendorf-Westhofen-Storf in der Hand zu nehmen. Bei der Auswahl der Kandidaten soll darauf keine Rücksicht genommen werden, ob sie sich zur freisinnigen Volkspartei oder zur freisinnigen Vereinigung rechnen. Das vorbereitende Wahlkomitee wird in Kürze mit seinen Kandidatenverhältnissen vor die Wahlöffentlichkeit treten.

In Berlin schlafen die freisinnigen Wähler noch den Schlaf der Gerechten. Es wird wieder so weit kommen, daß der Parteiführer in der Partei, der „Reinigung“ alles macht, bis die Wähler sich überempfindlich setzen und dann zu den Beschläßen der Parteivorführung nur noch geduldig Ja und Amen sagen.

Sandwerker, die nicht rechnen können.

Auf das öffentliche Ausschreiben von Kunstschmiedarbeiten für das neue Eisenbahnverwaltungsgebäude in Erfurt meldeten sich folgende Bewerber von Erfurt und auswärts. Die Preise in den letzten Jahren sind wie folgt: zwischen 128 und 1200 Mark! Der Zuschlag ist einem Sandwerker erteilt worden, der 4500 Mark für die Arbeit gefordert hatte. — Die Sandwerker, die die niedrigsten Fortreibungen gestellt haben, können offenbar nicht rechnen.

Nach drei Jahren!

Nach einem Telegramm aus Rom veröffentlicht der „Matino“ eine Unterredung, die der Senator Gervasio Andria im April 1905 mit Kaiser Wilhelm an Bord der „Hohenzollern“ hatte. Andria drückte seine Befregnis über die österreichische Politik im Adriatischen Meer und auf der Balkan-Halbinsel aus, worauf Kaiser Wilhelm erklärte, daß Österreich keine Absichten auf Albanien habe. Es ist merkwürdig, daß die offiziellen italienischen Kreise, die offenbar sofort nach dem Gehör auf diesen Punkt erhalten haben, sich erst jetzt nach drei Jahren zu der Veröffentlichung der Unterredung entschlossen haben.

Ein neues Bombenattentat in Barcelona.

Nach einem Telegramm aus Barcelona explodierte gestern auf dem Platz „Sofia“ in der Nähe der Rambla auf dem Stande einer alten Frau eine Bombe. Mehrere Personen erlitten Verletzungen. Auch auf einem benachbarten Stande wurde ein wichtiger Gegenstand gefunden. Der Frau, auf dem Stand die Bombe explodierte, wurde das linke Bein fortgerissen. Der Partisan wurde von der Polizei abgeführt.

Die norwegische Kabinettskrise.

Nach einem Telegramm aus Christiania hat der König von Norwegen dem Präsidenten des Storting Gunnar Knudsen mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Dieser erbat sich einige Tage Bedenkzeit und konferierte später mit vierzigjährigen Mitgliedern der Gruppen der Linken.

Ein gefährliches Doppelspiel.

treibt der marokkanische Generalen Muley Hafid. Nach einer in Paris eingetroffenen Depesche des Admirals Pothier erhielt er zu derselben Zeit, als er den General d'Amade um Gewährung eines Waffenstillstandes bat, an die Stimme eine Proklamtion, in der behauptet wird, daß die Franzosen gescheitert haben. Der General d'Amade, der selbstverständlich den Waffenstillstand und Frieden vorzuziehen Muley Hafid nicht wünscht, hat dem Gegenstande jedoch keine Rücksicht auf das französische Lager gehabt, bevor Hafid nicht seine Absicht in dem französischen Lager erklärt habe, die mit allen Vorkautelen versehen und bereit sein müßten, sämtliche französischen Bedingungen anzunehmen.

Ein Telegramm des koreanischen Generals des 19. Corps behauptet, daß eine französische Abteilung am 11. März in der Gegend von Saiti in Korea angegriffen worden ist. Ein Offizier wurde getötet, zwei Unteroffiziere wurden verwundet.

Die Beilegung des japanisch-chinesischen Konfliktes.

Wie aus Tokio gemeldet wird, herrscht dort infolge der Beilegung des japanisch-chinesischen Konfliktes ein allgemeines Gefühl der Erleichterung. Da China alle japanischen Forderungen erfüllt, während der Wiederherstellung der japanischen Flotte auf dem „Tatsumi Maru“ wurden chinesische Kriegsschiffe die Chinesische abgeben.

Australiens Landesverteidigung.

Nach einem Telegramm aus Sydney führte der Premierminister des australischen Bundesstaates Deakin in einer Rede die Landesverteidigung gehalten Rede aus, daß Australien jedem Angriff kampflos preisgegeben wäre, wenn nicht die Schutzflotte der englischen Flotte vorhanden wäre. Die australischen Australiens müssen einsehen, daß sie nicht erwarten konnten, den Schutz dieser Flotte zu genießen, ohne zu ihren Kosten beizutragen. Australien könne gute Seesoldaten, Kanonen, Schiffe, aber keine Flotte haben. Deakin hat den Vorschlag, 480,000 Pfund Sterling jährlich zur Aufrechterhaltung eines Kriegsschiffes und zur Küstenverteidigung zu bewilligen, ferner 200,000 Pfund zum Bau einer Primatilsflotte und erstattet genannt. Nach der Vernehmung der Angelegenheiten, die durch das neue Bundesgesetz beilegt werden soll. Er erklärte weiter, daß Australien in Zukunft 200,000 Mann angelegte Flotte und eine Flotte von fünfzehn Schiffen für die Hafen- und Küstenverteidigung besitzen würde. (Beifall.)

Zum Schluß forderte Deakin die Anwesenden zu einem dreimaligen Hurra für die Sydney anlaufende amerikanischen Flotte auf.

Eigenartige Folgen

hat das neue englische Patentgesetz, das vom Parlament im vorigen Sommer angenommen wurde, und das am 1. Januar d. J. in Kraft getreten ist. Wie berichtet wurde, daß vor einigen Tagen der englische Handelsminister Lloyd George in einer in Gera von gehaltenen Rede sagte, daß neue Patentgesetz werde für viele Tausende von britischer Arbeiter Arbeitsgelegenheit schaffen.

Wie als Erklärung zu diesen Ausschreibungen des englischen Handelsministers aus London gemeldet wird, bestimmt das am 1. Januar in Kraft getretene neue Patentgesetz, daß jedes Patent für fünfzig Jahre gelten soll, wenn der patentierte Gegenstand oder das patentierte Verfahren „ohne genügenden Grund“ im Ausland nicht angewandt wird. Ein Antrag auf eine solche Nichtanwendung kann jederzeit während eines Jahres nach der Annahme des Gesetzes, die am 28. August 1907 erfolgte, gestellt werden. Diese Bestimmung hat jetzt dazu geführt, daß eine deutsche Gesellschaft 24 Acres Land in der Nähe von Emslöhle zur Errichtung chemischer Fabriken angekauft hat. Die Firma vertritt angeblich die Elberfelder Fabrikfabriken, die Wadischen Anilin- und Soda-Fabriken und die Berliner Anilinfabrikation für die Anilinfabrikation. Die Höchster farberwerke und die Gafel-Anilinfabrikation haben ebenfalls Fabriken in der Nähe von Emslöhle für ihre Fabrikation gekauft. Diese Firmen stellen synthetischen Indigo und zahlreiche andere organische Präparate her. Viele Tausende deutscher Arbeiter wird durch diese unbillige, sich weitgehend gegen die deutsche Industrie richtende Gesetzgebung des Reiches in England, der natürlich den englischen Arbeiter zugunsten wird, von den Erwerbsverlusten für Deutschland nicht zu haben.

Die öffentliche Meinung in Deutschland ist leider bei der Einbringung und Beratung dieses die deutsche Exportindustrie auf das schwerste schädigenden englischen Gesetzes auf dessen Bedeutung nicht genügend hingewiesen worden. Die Schuld trägt daran hauptsächlich die diplomatische Vertretung des Deutschen Reiches in England. Wenn diese den wirtschaftlichen Interessen beider Länder ein größeres Interesse oder mindestens dasselbe Interesse entgegenbrächte wie der Jähre der höchsten Beziehungen, so wäre sicherlich das deutsche Volk über die Bedeutung des neuen englischen Gesetzes aufgeklärt worden. Zur Befestigung der deutsch-englischen Freundschaft wird dieses Vorgehen der liberalen englischen Regierung und des Parlaments sicherlich nicht beitragen. Ein Widerstandsgrund liegt allerdings den englischen Regierungskreisen, die das Zustandekommen des Gesetzes durchgesetzt